

Manuskript!

Zitieren Sie bitte nur nach der veröffentlichten Version:

Jana Pöttschke, Hans Rattinger und Harald Schoen. 2015. Mehr als ein Thema für Spezialisten? Der Afghanistaneinsatz der Bundeswehr und das Wahlverhalten bei der Bundestagswahl 2009, in: Heiko Biehl and Harald Schoen (eds.): Sicherheitspolitik und Streitkräfte im Urteil der Bürger. Theorien, Methoden, Befunde, Schriftenreihe des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr, Volume 15, Wiesbaden: Springer VS, 123-146.

Mehr als ein Thema für Spezialisten?
**Der Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr und das Wahlverhalten bei der
Bundestagswahl 2009**

Jana Pöttschke¹, Hans Rattinger², Harald Schoen³

Kontakt

Lehrstuhl für Vergleichende Politische Verhaltensforschung, Universität Mannheim,
A5, 6, D-68131 Mannheim

¹ jana.poetschke@uni-mannheim.de

² hans.rattinger@uni-mannheim.de

Lehrstuhl für Politische Soziologie, Otto-Friedrich-Universität Bamberg,
Feldkirchenstraße 21, 96047 Bamberg

³ harald.schoen@uni-bamberg.de

1. Einleitung

Die Fähigkeit der politischen Eliten auf die Policy-Präferenzen der Bürger zu reagieren, ist eine zentrale Forderung der normativen Demokratietheorie (z. B. Dahl 1956; Sen 1970). Denn ein Auseinanderfallen von Eliten- und Bevölkerungsmeinung könnte auf einen Mangel im demokratischen Repräsentationsprozess hinweisen: Einerseits besitzen die Bürger bestimmte Policy-Präferenzen, welche die Eliten berücksichtigen sollten, andererseits versuchen die politischen Entscheidungsträger, durch Kommunikation die Bürger von ihren Standpunkten zu überzeugen, um nicht an der Wahlurne abgestraft zu werden (Pitkin 1967; Herzog 1989; Powell 2004; Schoen 2011). Diese negative Sanktionierung bei mangelnder Responsivität setzt allerdings voraus, dass die Wähler die Auswirkungen von Policies subjektiv als wichtig genug empfinden, um ihre Wahlentscheidung davon beeinflussen zu lassen. Darüber hinaus kann *sachfragenorientiertes Stimmverhalten* („Issue Voting“) nur dann erfolgen, wenn zu einem bestimmten Thema unterscheidbare oder gar polarisierende Standpunkte von Seiten der Parteien angeboten werden. Mit der Wahl können die Bürger dann ihre Politikpräferenz ausdrücken.

Außen- und Sicherheitspolitik wurde aber lange Zeit als unwesentlich für die Wahlentscheidung betrachtet. Das liegt vor allem auch daran, dass außenpolitische Ereignisse – im Gegensatz zu innenpolitischen – nicht unmittelbar erfahrbar sind (Almond 1950). So interessiert sich die Mehrheit der Bürger kaum für komplexe Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik (Converse 1964; Delli Carpini/Keeter 1996; Rattinger 2007). Dennoch konnte der Einfluss konkreter außen- und sicherheitspolitischer Einstellungen auf das Wahlverhalten in den USA (z.B. Aldrich et al. 1989; Rattinger 1990; Pomper 2005) und in Deutschland zur Bundestagswahl 2002 am Beispiel der Irakfrage nachgewiesen werden (Schoen 2004; Fuchs/Rohrschneider 2005).

Dafür können verschiedene Gründe angeführt werden. Nach dem Konzept der *themenspezifischen Öffentlichkeit* („Issue Public“) von Converse (1964) gibt es für jedes Politikfeld eine Gruppe von Bürgern die sich in besonderem Maße für dieses interessieren. Von ihnen ist anzunehmen, dass sie über hohe kognitive Fähigkeiten in diesem Bereich verfügen und am Wahltag anhand ihrer Politikpräferenz entscheiden. Diese Vorstellung spricht dafür, dass die Afghanistan-Frage in einem kleinen Segment außenpolitisch Interessierter das Wahlverhalten beeinflusste. Die Erweiterung des Repertoires außen- und sicherheitspolitischer Instrumente seit der Wiedervereinigung um Auslandseinsätze der

Bundeswehr könnte die Zugänglichkeit des Themas in der Bevölkerung insgesamt erleichtert haben (Schoen 2010). Im Ergebnis könnte das außen- und sicherheitspolitische Themenpublikum gewachsen sein, oder Auslandseinsätze könnten auch für Personen außerhalb des engeren Themenpublikums wahlrelevant geworden sein. Für letztere Vermutung spricht erst recht die Einsicht, dass einzelne Themen auch außerhalb eines engen Expertenzirkels wirksam werden können, wenn sich Policies etwa mit politischen Symbolen wie etwa Werten oder Identitäten verbinden lassen oder starke positive oder negative Gefühle hervorrufen (z.B. Sears et al. 1979; Sears/Funk 1991). Diese Symbole und Emotionen können dann von weniger interessierten Bürgern ohne kognitive Anstrengungen als Heuristik verwendet werden. Die Bürger sind also durchaus in der Lage, sich eigenständig verhaltensrelevante Urteile zu bilden. Dafür müssen sie keine ausgesprochenen „Policy-Experten“ (Schoen 2010: 397) sein. Der Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr könnte folglich das Wahlverhalten bei der Bundestagswahl 2009 beeinflusst haben, und zwar über den Kreis derjenigen Bürger hinaus, die sich regelmäßig mit außen- und sicherheitspolitischen Fragen befassen.

Der vorliegende Beitrag untersucht, ob die Einstellungen zu einem sofortigen Abzug aller deutschen Bundeswehr-Soldaten aus Afghanistan Einfluss auf das Wahlverhalten zur Bundestagswahl 2009 hatten und ob es diesbezüglich Unterschiede zwischen Personen innerhalb und außerhalb des außenpolitischen Themenpublikums gab. Dabei werden zunächst die theoretischen Annahmen zum Issue Voting und zu Issue Publics erörtert. Dementsprechend kann sachfragenorientiertes Wahlverhalten nur aufgrund wahrgenommener Unterschiede in den politischen Positionen der Parteien erfolgen. Um diese zu identifizieren, ist ein Mindestmaß an Interesse und Kenntnis in diesem Politikbereich notwendig. Im zweiten, empirischen Teil wird der Einfluss auf die Wahlentscheidung zunächst für das Gesamtelektorat und anschließend getrennt nach Zugehörigkeit zum entsprechenden Themenpublikum analysiert. Abschließend fassen wir die wesentlichen Befunde zusammen und diskutieren diese.

2. Theorie und Hypothesen

Politische Sachfragen spielen bei der Untersuchung von Wahlen und Wahlverhalten eine wichtige Rolle. Sie sind demokratietheoretisch von großer Bedeutung, da die Parteien erst

durch ihre Inhalte, also durch unterschiedliche Positionen zu politischen Sachfragen, voneinander unterscheidbar werden (Behnke 1999). Sachfragen sind daher auch in Downs' ökonomischer Theorie der Demokratie (1957) ein bedeutender Bestandteil der Überlegungen. Die Regierung wird darüber bewertet, wie gut oder schlecht sie konkrete Sachfragen angeht und bewältigt. Der Wähler wird sich im Zweifel für diejenige Partei entscheiden, die seinen Policy-Präferenzen am nächsten kommt. Auch im sozialpsychologischen Ansatz der Michigan-Schule (Campbell et al. 1954, 1960) ist die Sachfragenorientierung eine integrale Komponente. Dieser klassifiziert die Bestimmungsfaktoren der Wahlentscheidung in langfristig stabile und kurzfristige politische Einstellungen. Im Mittelpunkt stehen die langfristige Identifikation mit einer politischen Partei sowie die Einstellungen zu aktuellen Kandidaten und Sachfragen. Im Zusammenspiel erklären diese drei Faktoren das Wahlverhalten. Die Parteiidentifikation (PID) wird dabei verstanden als „langfristig stabile affektive Bindung an eine politische Partei, die in einer frühen Phase der Sozialisation erworben wird und sich im Laufe des Lebens intensiviert“ (Schoen/Weins 2005: 206). Sie färbt die individuelle Wahrnehmung des politischen Geschehens und prägt das Wahlverhalten zugunsten der präferierten Partei. Bei der Kandidatenorientierung stehen persönliche Eigenschaften ebenso wie politische Merkmale der Kandidaten im Mittelpunkt. Sie setzt sich aus aktuellen Eindrücken vom politischen Geschehen und bereits vorhandenen Dispositionen zusammen. Die Sachfragenorientierung bezieht sich auf Policies, also auf die inhaltlichen Angebote der Parteien.

Sachfragenorientiertes Wahlverhalten ist zwar (demokratie-) theoretisch besonders interessant, aber nicht selbstverständlich. Vielmehr müssen verschiedene Bedingungen erfüllt sein, damit Wähler sich bei ihrer Entscheidung an Sachfragen orientieren können (Campbell et al. 1960). Erstens müssen sie eine politische Sachfrage überhaupt wahrnehmen. Andernfalls existiert diese für die Bürger überhaupt nicht. Zweitens müssen sie zu der Sachfrage eine eigene Meinung haben und sie müssen ihr eine gewisse Wichtigkeit zuschreiben. Erachten sie eine Frage als bedeutungslos, werden sie ihr nicht ihre Aufmerksamkeit widmen und sich eine Meinung dazu bilden, geschweige denn ihre Wahlentscheidung daran ausrichten. Drittens ist es erforderlich, dass Bürger zwischen den Parteien (in Personenwahlen: zwischen den Kandidaten) Unterschiede wahrnehmen. Handelt es sich um eine Valenzsachfrage, kommt es auf Unterschiede in der Problemlösungskompetenz an. Liegt hingegen eine Positionssachfrage vor, können Bürger nur dann sachfragenorientiert entscheiden, wenn sie den Parteien unterschiedliche Standpunkte zuschreiben können. Unabhängig von der Art der

Sachfrage sind wahrgenommene Unterschiede zwischen den Angeboten für sachfragenorientiertes Wahlverhalten unabdingbar, da sich die Bürger andernfalls nicht vor eine Wahl gestellt sehen. Um von echtem Issue-Wählen sprechen zu können, ist es schließlich erforderlich, dass die Sachfragenorientierung auch unter Kontrolle langfristig stabiler Parteibindungen das Stimmverhalten beeinflusst (z.B. Schoen 2008).

Die skizzierten Bedingungen für Issue-Wählen legen Vermutungen darüber nahe, dass sachfragenorientiertes Stimmverhalten von Wahl zu Wahl, zwischen Parteien, zwischen Themen und zwischen Bürgern variieren kann. So kann man etwa annehmen, dass die Aufmerksamkeit für ein bestimmtes Thema durch die Betonung einschlägiger Ereignisse und Probleme in der massenmedialen Kommunikation während des Wahlkampfes im Elektorat ansteigt, andere Themen dagegen nicht (mehr) wahrgenommen werden. Die Wähler können sich um so leichter eine eigene Meinung zu einer Sachfrage bilden, je länger ein Thema von den Parteien mit stabilen Standpunkten diskutiert wird (Campbell et al. 1960, Carmines/Stimson 1980). Dabei wird den politischen Eliten eine bedeutende Kommunikationsfunktion zugeschrieben. Durch andauernde Diskussion einer Sachfrage steigen die Aufmerksamkeit und das Bewusstsein für dieses Politikfeld in der Bevölkerung (Aldrich et al. 1989). Die Bürger können so Unterschiede zwischen den Parteien erkennen und sachfragenorientiert wählen. Issue-Effekte sollten bei hoher Polarisierung und Mobilisierung seitens der Parteien also in stärkerem Maße zu beobachten sein (Turner et al. 2012). Kein Einfluss von Sachfragenorientierungen auf das Wahlverhalten ist dagegen anzunehmen, wenn die Bürger keinen Unterschied zwischen den Positionen der Parteien in dieser Sachfrage ausmachen können. Vertreten alle Parteien die gleiche Position ist es schwierig für die Bürger, aufgrund dieser Sachfrage eine Wahlentscheidung zu fällen.

Aber für welche Bürger sind Sachfragen so wichtig, dass sie ihre Wahlentscheidung danach ausrichten? Die notwendige themenspezifische Aufmerksamkeit ist nach dem Konzept der Issue Publics eine Funktion aus persönlichem Interesse, sozialer Identifikation und grundlegenden Wertorientierungen (Krosnick 1990). Die Bürger werden sich immer dann für eine Sachfrage besonders interessieren, wenn sie wichtige Implikationen für das eigene Leben daraus ableiten können (Rattinger/Heinlein 1986). Während sich also Ärzte eher für Gesundheitspolitik interessieren dürften, kennen sich Studenten vergleichsweise besser mit Regelungen in der Hochschulgesetzgebung aus (für weitere Beispiele Krosnick 1990: 73 und Rattinger 2009: 219). Eine Sachfrage kann aber auch dann in ihrer Wichtigkeit steigen, wenn

sie für soziale Referenzgruppen wie Familie und Freunde von Bedeutung ist. Als Beispiel führt Krosnick (1990) Abtreibungsgegner an, die stark der katholischen Kirche zuneigen. Schließlich wird ein Politikfeld umso bedeutender, je mehr es mit den persönlichen Werten und Zielen einer Person in Verbindung steht. Je größer der Zusammenhang zwischen der spezifischen Sachfrage und den individuellen Wertorientierungen ist und je wichtiger die entsprechenden Werte für eine Person sind, desto bedeutender sollte auch die Sachfrage an sich werden. Dabei ist es theoretisch wenig plausibel, dass Personen an einer Vielzahl von Policy-Themen interessiert sind. Obwohl theoretisch möglich, besitzen die Bürger aufgrund begrenzter emotionaler und kognitiver Ressourcen zumeist nur für wenige Issues genügend Motivation um sich dazu umfassend zu informieren. Und auch empirisch konnten sowohl Converse (1964) als auch Krosnick und Kollegen (Krosnick 1990; Boninger et al. 1995; Anand/Krosnick 2003) nachweisen, dass sich die Bürger nur einer kleinen Anzahl von Themenöffentlichkeiten zuordnen lassen, häufig sogar nur einer einzigen. Folglich unterscheiden sich die Teilöffentlichkeiten durch ihre Versiertheit auf jeweils unterschiedlichen Politikfeldern. Personen mit höherem themenspezifischen Interesse sollten auch Unterschiede zwischen den Standpunkten der Parteien einfacher wahrnehmen können.

Außen- und Sicherheitspolitik galt lange Zeit als zu weit entfernt für die Bürger um wahlrelevant sein zu können. Nach dem Almond-Lippmann-Konsens (Almond 1950, Lippmann 1955) sind die Menschen an diesem Politikfeld wenig interessiert und schlecht über außen- und sicherheitspolitische Fragen informiert. Jüngere Arbeiten konnten dieses pessimistische Bild für die USA widerlegen (Shapiro/Page 1988, Page/Shapiro 1992, Nincic 1992, Holsti 2004). Mit den Auslandseinsätzen der Bundeswehr sollte auch in der deutschen Bevölkerung die Aufmerksamkeit für dieses Thema gestiegen sein. So ist die Bundeswehr beispielsweise seit Dezember 2001 mit ca. 5.000 Soldaten im Rahmen der Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe (ISAF) in Afghanistan stationiert (Bundeswehr 2012). Die wiederholte Verlängerung und die schrittweise Ausweitung des Bundestagsmandats, zahlreiche Anschläge auf deutsche Soldaten, aber auch Militäroperationen der Schutztruppe bei denen afghanische Zivilisten getötet wurden – z.B. bei der Bombardierung zweier entführter Tanklastzüge nahe Kundus im September 2009 – machten den Einsatz immer wieder zum Thema öffentlicher Auseinandersetzungen.

Die Wähler können in der vorgestellten Konzeption nur dann sachfragenorientiert wählen, wenn sie Unterschiede in den Parteipositionen wahrnehmen. So wiederholte die Linke auch

während des Bundestagswahlkampfes 2009 deutlich ihre langjährige Forderung nach einem unverzüglichen und bedingungslosen Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan (DIE LINKE 2009). Die übrigen Parteien versuchten die Afghanistan-Frage eher herunterzuspielen (Bündnis 90/Die Grünen 2009; CDU/CSU 2009; FDP 2009; SPD 2009) und damit ihrer elektoralen Wirksamkeit zu berauben. Das scheint insofern sinnvoll, als dass die deutsche Öffentlichkeit militärischen Auslandseinsätzen der Streitkräfte grundsätzlich misstrauisch gegenübersteht (Schoen 2010). Parteien und Politiker, die eine unterstützende Haltung gegenüber dem ISAF-Einsatz einnehmen, könnten daher mit Stimmverlusten rechnen müssen. Es liegt folglich nahe, Militäreinsätze nicht so stark im Wahlkampf zu thematisieren. Dennoch legte der SPD-Kanzlerkandidat Steinmeier Mitte September einen Zehn-Punkte-Plan für einen Abzug der deutschen Soldaten aus Afghanistan ab 2013 vor – und benennt damit einen konkreten Rückzugstermin mit Betonung der zivilen Komponente des deutschen Einsatzes (Spiegel Online 2009). Obwohl dieser Vorstoß zu Dissens innerhalb der Partei führte, positionierte sich die SPD so zwischen der entschiedenen Forderung der Linken und dem zurückhaltenden Auftreten von Union und FDP. Die Parteien vertraten also unterscheidbare Standpunkte während des Bundestagswahlkampfes 2009. Alle sprachen sich zwar für die Beendigung des Afghanistan-Einsatzes aus, differenzieren ließen sie sich aber nach Geschwindigkeit und Bedingungen des Abzuges. Als Folge des offensiven Auftretens der Linken in der Öffentlichkeit sollten Personen, die einen sofortigen Abzug der Soldaten aus Afghanistan befürworten, eine höhere Wahrscheinlichkeit für die Wahl der Linken geäußert haben als für andere Parteien. Bei CDU/CSU und FDP dürften die Bürger dagegen eher eine Präferenz für den Status Quo wahrgenommen haben. Es könnte der Eindruck einer Gegenposition zur Linken entstanden sein. Die Wahrscheinlichkeit einer Wahlentscheidung für CDU/CSU oder FDP sollte daher deutlich niedriger unter Befürwortern eines sofortigen Abzuges aus Afghanistan liegen als die Wahrscheinlichkeit einer Wahl der Linken. SPD und Bündnis 90/Die Grünen könnten sich dazwischen einordnen lassen.

Diese Unterschiede sollten bei Issue Publics besonders deutlich sichtbar werden, da politisch involvierte Personen themenspezifisch über strukturiertere Einstellungssysteme verfügen (Rattinger 2009). Damit die Bürger ihre Policy-Standpunkte deutlich an die Eliten vermitteln können, müssen sie Einstellungen hinsichtlich einer bestimmten Sachfrage herausgebildet haben. Sie müssen über das Thema nachdenken, es verstehen und entscheiden, welche Position sie unterstützen wollen und welche sie ablehnen. Personen, für die eine Sachfrage besonders wichtig ist, nehmen die Parteien polarisierter wahr und sie begründen ihre

Wahlentscheidung häufiger mit dieser Sachfrage (Krosnick 1990). Um sachfragenorientiert wählen zu können, müssen die Einstellungen kognitiv verfügbar sein (Converse 1970). Gerade Angehörige des Themenpublikums denken vermehrt über bereichsspezifische Sachfragen nach und suchen gezielt nach Informationen zu diesen. Sie werden also über ein hohes Maß an Wissen und Versiertheit auf diesem Gebiet verfügen. Daher sollten an Außen- und Sicherheitspolitik besonders interessierte Personen ihren eigenen Policy-Standpunkt und den der Parteien kennen und so entsprechend ihrer Präferenz entscheiden. Issue Publics erkennen auch Unterschiede zwischen den Parteien, obwohl diese objektiv vielleicht nur minimal sind (Krosnick 1990). Wichtig ist also, dass es um die subjektiv wahrgenommene Nähe zwischen der eigenen Policy-Präferenz und dem Standpunkt der Parteien geht, nicht um die objektive Distanz. So können auch falsche Vorstellungen oder Vorurteile hinsichtlich der Parteipositionen zu elektoral wirksamen Einstellungen führen.

Im einzelnen erwarten wir, dass mit der Zustimmung zu einem raschen Abzug aller Bundeswehrsoldaten aus Afghanistan eine Wahlentscheidung zugunsten der Partei Die Linke wahrscheinlicher wurde – und zwar in stärkerem Maße bei Personen innerhalb des Themenpublikums als bei an Außen- und Sicherheitspolitik uninteressierten Bürgern. Denn die Linke trat im zeitlichen Umfeld der Bundestagswahl 2009, wie auch in der Zeit vorher, als entschiedene Gegnerin des Afghanistan-Einsatzes auf. Einen entgegengesetzten Effekt vermuten wir für die Wahlentscheidung zugunsten von Union und FDP; SPD und Grüne stehen gewissermaßen zwischen diesen beiden Polen.

3. Daten und Methoden

Für die hier vorgestellten empirischen Analysen werden Daten der jährlich durchgeführten Bevölkerungsbefragung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr (SOWI)¹ herangezogen. Die Daten entstammen einer repräsentativen, mehrstufig geschichteten Zufallsstichprobe von 2100 deutschsprachigen Personen ab 16 Jahren, die vom 2. September bis 19. November 2009 mit Hilfe computergestützter persönlicher Interviews (CAPI) befragt wurden. Die Daten wurden also kurz vor und nach der Bundestagswahl 2009 erhoben und sollten daher das Wahlverhalten und die zugrundeliegenden Entscheidungsmechanismen gut

¹ Wir danken Dr. Ernst-Christoph Meier, Direktor und Professor des früheren Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr und Dr. Thomas Bulmahn, Leiter des ehemaligen SOWI-Forschungsschwerpunkts „Einstellungsforschung und Meinungsumfragen“ für die Bereitstellung des Datenmaterials.

abbilden können. In die Analysen wurden ausschließlich Befragte einbezogen, die tatsächlich wahlberechtigt waren.

Der vorliegende Beitrag beschäftigt sich mit dem Einfluss von Einstellungen zum Afghanistan-Einsatz auf das Wahlverhalten bei der Bundestagswahl 2009. Als abhängige Variable dient folglich das mit der Wahlabsichtsfrage (Interviews vor der Wahl am 27. September 2009) bzw. mit der Rückerinnerungsfrage gemessene Wahlverhalten.² Dabei betrachten wir ausschließlich Wähler von CDU/CSU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, der FDP und der Partei Die Linke; Wähler anderer Parteien und Nichtwähler werden u.a. aus Fallzahlengründen nicht untersucht. In den folgenden Analysen fassen wir zudem die Wähler von CDU/CSU und FDP zu einer Kategorie zusammen, ebenso die Wähler von SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Dadurch wird die Analyse erleichtert, ohne dass die Aussagekraft der Ergebnisse leidet. Denn ergänzende Analysen zeigen, dass für Wähler von Unionsparteien und FDP praktisch identische Koeffizienten resultieren, ebenso für SPD- und Grünen-Wähler (nicht tabellarisch ausgewiesen).

Zentrale unabhängige Variable ist die Einstellung der Befragten zu einem sofortigen Abzug aller deutschen Soldaten aus Afghanistan. Diese Einstellung wurde mit einer sechsstufigen Antwortskala gemessen, auf der die Befragten ihre Meinung von (1) starker Zustimmung bis (6) starker Ablehnung abstufen konnten. Dabei votierten 30,5 Prozent für einen sofortigen Abzug der Soldaten, 23,2 Prozent lehnten diesen ab. Etwa die Hälfte der Befragten (46,3%) zeigte sich indifferent gegenüber dem Bundeswehreininsatz (Mittelwert³=3,37).

Um Hypothesen zu sachfragenorientiertem Stimmverhalten im Sinne einer Positionssachfrage zu untersuchen, würde man im Idealfall zusätzlich Informationen darüber heranziehen, welche Position die Befragten den verschiedenen zur Wahl stehenden Parteien im Hinblick auf diese Sachfrage zuschrieben. Denn nur dann könnte man nachvollziehen, wie sich der Abgleich des eigenen Standpunkts mit den wahrgenommenen Parteistandpunkten auf das Stimmverhalten auswirkte. Informationen zu den wahrgenommenen Parteipositionen enthält der vorliegende Datensatz leider nicht. Daher müssen wir mit der Annahme operieren, dass die Befragten die Positionen homogen so wahrnahmen, wie wir diese oben skizzierten.

² Für die Daten aus der Vor- und der Nachwahlbefragung ergeben sich strukturell identische Ergebnisse.

³ Zur Berechnung des Mittelwertes wurden alle Personen (N=1251), die eine Wahlabsicht für CDU/CSU, SPD, FDP, Bündnis 90/Die Grünen oder die Linke geäußert haben und keine fehlenden Werte in den unabhängigen Variablen aufweisen, herangezogen. Der Gesamtmittelwert aller N=2100 Befragten beträgt 3,26.

Um die Wirkung der Einstellung zu einem raschen Abzug aus Afghanistan auf die Wahlentscheidung zu untersuchen, verwenden wir das Verfahren der multinomialen logistischen Regression, da dieses für polytome abhängige Merkmale geeignet ist. Als Kontrollvariablen werden vor allem solche Merkmale in die Analysen einbezogen, die sowohl die Einstellung zum Afghanistan-Einsatz als auch das Stimmverhalten beeinflussen können, da deren Nichtberücksichtigung zu einer Überschätzung des Effekts der Einstellung zum Afghanistan-Einsatz führen kann. Als wichtigste Kontrollvariable bei der Untersuchung von Wahlverhalten berücksichtigen wir die Parteiidentifikation. Sie wirkt zum einen direkt auf die Wahlentscheidung, zum anderen prägt sie die kurzfristigen Einstellungen zu Kandidaten und Sachfragen (Campbell et al. 1960). Da die Bürger ihren eigenen Standpunkt zu einer Sachfrage an den Standpunkt der von ihnen präferierten Partei angepasst haben könnten (z.B. Zaller 1992), würden die Effekte der Sachfragenorientierung ohne Berücksichtigung der Parteiidentifikation überschätzt werden. Für die Parteineigung werden Dummy-Variablen für CDU/CSU/FDP, SPD/Bündnis 90/Die Grünen sowie Die Linke in die Analysen aufgenommen. Darüber hinaus berücksichtigen wir auch soziodemographische Hintergrundvariablen, die mit der Einstellung zum Afghanistan-Einsatz und dem Wahlverhalten zusammenhängen. Im einzelnen handelt es sich dabei um Geschlecht, Alter, formale Bildung und Region (Ost/West), da Frauen, junge und hochgebildete Personen sowie Ostdeutsche dem Einsatz militärischer Gewalt vergleichsweise skeptischer gegenüberstehen und sich im Wahlverhalten von anderen Personen dahingehend unterscheiden, dass sie u.a. unterdurchschnittlich häufig für die Unionsparteien stimmen.

Die hier gewählte Analysestrategie strebt danach, den Einfluss der Einstellungen zum Afghanistan-Einsatz nicht zu überschätzen. Es soll jedoch nicht verschwiegen werden, dass wir diese Strategie mangels geeigneter Kontrollvariablen nicht umfassend verwirklichen konnten. Insbesondere drei Lücken weist unsere Analyse auf. Erstens können wir nicht für längerfristig stabile Ein- und Vorstellungen, wie bspw. Wertorientierungen, kontrollieren, die politische Einstellungen und Wahlverhalten beeinflussen könnten. Zweitens können mangels Daten Einstellungen zu Politikern, und speziell zu den Kanzlerkandidaten, nicht kontrolliert werden. Dies ist insofern bedauerlich, als Spitzenkandidaten mit ihren Stellungnahmen durchaus Einstellungen zu außen- und sicherheitspolitischen Sachfragen beeinflussen können. Drittens ist es nicht möglich, Einstellungen zu anderen (innen- wie außenpolitischen) Sachfragen in die Analyse einzubeziehen. Diese drei datenbedingten Lücken lassen erwarten,

dass wir die Wirkung von Einstellungen zum Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan auf die Wahlentscheidung 2009 eher überschätzen.

Im zweiten Analyseschritt soll geprüft werden, ob die Zugehörigkeit zum außen- und sicherheitspolitischen Themenpublikum die Stärke des Effekts von Einstellungen zum Afghanistan-Abzug steuert. Theoretisch sollten bei Mitgliedern des außen- und sicherheitspolitischen Themenpublikums die entsprechenden Einstellungen das Stimmverhalten stärker prägen als bei Personen, die diesem Segment des Elektorats nicht angehören. Die Zugehörigkeit zu diesem Themenpublikum wurde mit Hilfe dreier Fragen zum Interesse an Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik ermittelt. Dazu wurden die Selbstauskünfte der Befragten zu diesen drei Fragen aufaddiert. Anschließend wurde der Median der Verteilung ermittelt. Personen oberhalb des Medians werden als außen- und sicherheitspolitisches Themenpublikum betrachtet.

Für alle Analysen wurden die Daten repräsentativ gewichtet. Um die Interpretation der empirischen Ergebnisse zu erleichtern, wurden alle Variablen auf den Wertebereich von 0 bis 1 reskaliert und so kodiert, dass höhere Werte Zustimmung bedeuten. Anteilswerte und Mittelwerte der verwendeten Variablen sind in Tabelle A1, der exakte Fragewortlaut und die Operationalisierung sind im Anhang wiedergegeben.

4. Ergebnisse

Bei der Analyse des Einflusses von Einstellungen zum Afghanistan-Einsatz auf das Wahlverhalten wird die Wahl der Linken den beiden Optionen Wahl von Union oder FDP und Wahl von SPD oder Bündnis 90/Die Grünen gegenübergestellt. Zunächst werden die Ergebnisse für das gesamte Elektorat, in einem zweiten Schritt unterteilt nach themenspezifischem Interesse dargestellt. Es wird angenommen, dass sich der größte Einfluss bei der Linken – vor allem im Gegensatz zur Wahlentscheidung für die bürgerlichen Parteien – zeigt, da sie als einzige Partei offensiv im Wahlkampf 2009 einen sofortigen Abzug aller deutschen Soldaten aus Afghanistan befürwortet hat. Personen, die sich dem Themenpublikum zu Fragen der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik zuordnen lassen, dürften eine höhere Wahrscheinlichkeit besitzen, sachfragenorientiert zu wählen. Bei ihnen sollte die Einstellung gegenüber dem Afghanistan-Einsatz einen stärkeren Effekt auf das Wahlverhalten besitzen. Denn Interesse an einem Themengebiet sollte dazu führen, dass

auf diesem Gebiet auftretende Sachfragen bei der Wahlentscheidung stärker berücksichtigt werden.

In Tabelle 1 sind die Ergebnisse für das Gesamtelektorat dargestellt. Es zeigt sich, dass bei Kontrolle soziodemographischer Variablen und der Parteiidentifikation tatsächlich signifikante Effekte der Einstellung zum sofortigen Abzug aus Afghanistan auf die Wahlentscheidung auftreten. So steigt die Wahrscheinlichkeit die Linke zu wählen bei Befürwortung dieser Policy gegenüber Union/FDP oder SPD/Grüne signifikant an. Es gibt also einen selbstständigen Einfluss dieser Sachfrage bei der Bundestagswahl 2009⁴. Die Bürger scheinen folglich eigenständige Policy-Urteile zu bilden, also nicht einfach Positionen ihnen nahestehender Eliten zu übernehmen und entsprechend ihrer Präferenz zu wählen. Andersfalls würde bei Aufnahme der Parteiidentifikation in das Gesamtmodell die Einstellung zum Afghanistan-Einsatz ihre statistische Signifikanz einbüßen. Erwartungsgemäß besitzt auch die Parteiidentifikation einen positiven Einfluss auf die Wahlentscheidung zugunsten der präferierten Partei. Anhänger von CDU/CSU und FDP besitzen eine höhere Wahrscheinlichkeit, die bürgerlichen Parteien zu wählen. Für Anhänger von SPD und Bündnis 90/Die Grünen ist die Wahl dieser beiden Parteien am wahrscheinlichsten. Im Umkehrschluss sinkt die Wahrscheinlichkeit, für Schwarz-Gelb oder Rot-Grün zu stimmen, bei einer Parteiidentifikation mit der Linken statistisch signifikant. Die soziodemographischen Variablen besitzen dagegen faktisch keine eigenständige Erklärungsleistung für die Wahlabsicht jenseits der Parteiidentifikation und der Einstellung zum Afghanistan-Einsatz.

– Tabelle 1 –

Um die Interpretation der Ergebnisse zu erleichtern, sind in Abbildung 1 die vorhergesagten Wahrscheinlichkeiten für die Wahl von Union und FDP, SPD und Bündnis 90/Die Grünen sowie die Linke beispielhaft für einen Mann aus Westdeutschland mittleren Alters mit Realschulabschluss oder vergleichbarem Schulabschluss bei Variation der Parteiidentifikation für die fünf im Bundestag vertretenen Parteien und für Nichtanhänger abgetragen⁵. Es zeigt sich, dass die Wahrscheinlichkeit einer Wahl von CDU/CSU oder FDP bei Befürwortung des sofortigen Abzuges aller deutschen Soldaten aus Afghanistan sinkt. Der größte Unterschied ist

⁴ Selbst bei Kontrolle der allgemeinen Bewertung der Bundeswehr und außenpolitischer Grundorientierungen bleiben die Effekte der Einstellungen zum Afghanistan-Einsatz statistisch signifikant in der oben beschriebenen Richtung (nicht tabellarisch ausgewiesen).

⁵ Auf weitere Kombinationen wurde verzichtet, da die soziodemographischen Merkmale keine statistisch signifikanten Effekte für das Wahlverhalten aufweisen (siehe Tabelle 1).

bei Personen ohne Parteiidentifikation zu beobachten: Unterscheiden sich zwei Personen mit den oben skizzierten Merkmalen lediglich in ihren Einstellungen zu einem sofortigen Abzug, sinkt die Wahrscheinlichkeit, Schwarz-Gelb zu wählen, von 65 Prozent bei Ablehnung auf 36 Prozent bei Präferenz für die Beendigung des Einsatzes. Für Parteianhänger zeigen sich dagegen nur geringfügige Unterschiede (4 Prozentpunkte bei einer Identifikation mit Union oder FDP, 6 Prozentpunkte bei Identifikation mit SPD oder Grüne und 5 Prozentpunkte bei Identifikation mit der Linken).

Dagegen steigt die Wahrscheinlichkeit, die Linke zu wählen, bei allen Personen, die einen sofortigen Rückzug aus Afghanistan befürworten, unabhängig von ihrer Parteiidentifikation. Die größten Effekte können bei den eigenen Anhängern und Personen ohne Parteibindung festgestellt werden: So steigt die Wahrscheinlichkeit für die Wahl der Linken um 18 bzw. 19 Prozentpunkte infolge der Zustimmung zur Beendigung des Afghanistan-Einsatzes. Bei der Wahlentscheidung für SPD und Bündnis 90/Die Grünen zeigt sich ein gemischtes Bild: Während bei Anhängern von Union, SPD, Grünen und FDP kaum Veränderungen auftreten, sinkt die Wahrscheinlichkeit, dass Anhänger der Linken für SPD oder Grüne stimmen, von 22 auf neun Prozent, wenn diese den sofortigen Abzug aus Afghanistan fordern, anstatt ihn strikt abzulehnen. Die Linke-Anhänger scheinen den Afghanistan-Einsatz, der unter der Regierung Schröder begonnen wurde, also immer noch mit den Mitte-links Parteien zu verbinden. Für Personen ohne Parteibindung zeigt sich ebenfalls ein positiver Effekt auf die Wahlentscheidung für SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Diese Wahrscheinlichkeit steigt um zehn Prozentpunkte, wenn man sich von einer ablehnenden zu einer zustimmenden Haltung zum sofortigen Abzug bewegt.

– Abbildung 1 –

Das Konzept der Issue Publics legt nahe, dass Einstellungen zum Abzug aus Afghanistan bei Personen mit hohem außen- und sicherheitspolitischen Interesse noch stärker mit dem Wahlverhalten zusammenhängen. Nur vom Themenpublikum kann angenommen werden, dass es seine eigene Policy-Präferenz kennt, Unterschiede zwischen den Angeboten der Parteien wahrnimmt und das Thema als wichtig genug empfindet, um die Wahlentscheidung danach auszurichten. Entgegen unseren Erwartungen zeigen sich jedoch nur marginale Unterschiede im Einfluss der Afghanistan-Frage zwischen Personen mit geringem und

Personen mit hohem themenspezifischen Interesse⁶ (Tabelle 2). Zwar ist die Wahrscheinlichkeit, die Linke statt Union oder FDP zu wählen, signifikant höher bei Personen mit größerem außen- und sicherheitspolitischen Interesse. Im Gegensatz zur Wahl von SPD und Bündnis 90/Die Grünen zeigen sich aber keine statistisch signifikanten Unterschiede innerhalb und außerhalb des Themenpublikums – auch wenn sowohl Richtung als auch Stärke der Koeffizienten erwartungsgemäß ausfallen.

– Tabelle 2 –

Analog zum Gesamtmodell wurden auch für die beiden Teilgruppen, d.h. getrennt nach themenspezifischem Interesse, vorhergesagte Wahrscheinlichkeiten für die Wahlentscheidung mit den oben angegebenen Beispiel-Kombinationen berechnet (nicht ausgewiesen). Entgegen den Erwartungen zeigt sich jedoch kein homogenes Bild für den Einfluss der Zugehörigkeit zum Themenpublikum⁷. So sinkt die Wahrscheinlichkeit, Union oder FDP zu wählen, nicht bei allen Personen innerhalb des Themenpublikums, sondern lediglich bei den eigenen Parteianhängern und bei Ungebundenen. Die Wahrscheinlichkeit für Anhänger der linken Parteien mit hohem außen- und sicherheitspolitischem Interesse, Schwarz-Gelb zu wählen, scheint unbeeinflusst von der Policy-Präferenz zu Afghanistan. Dagegen steigt die Wahrscheinlichkeit, für die Linke zu stimmen, bei Personen ohne Parteiidentifikation und zunehmender Befürwortung des Abzuges bei Zugehörigkeit zur sicherheitspolitischen Themenöffentlichkeit. Bei Bürgern mit hohem Interesse an Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik hat die Policy-Präferenz zu Afghanistan also einen größeren Einfluss auf die Wahlentscheidung für die Linke als bei Personen außerhalb des Themenpublikums. Damit scheinen sich unsere Hypothesen lediglich für die Partei zu bestätigen, die offensiv für eine sofortige Beendigung des Afghanistan-Einsatzes wirbt. Damit kann die Linke mit ihrer Position neben den eigenen Anhängern also vor allem interessierte Bürger ohne Parteibindung für sich gewinnen.

Bei der Wahlentscheidung für SPD und Bündnis 90/Die Grünen zeigen sich heterogene Effekte bei Zugehörigkeit zu dem hier interessierenden Issue Public. Während die

⁶ Dabei bleiben die Ergebnisse auch bei Verwendung verschiedener Operationalisierungen der Themenöffentlichkeiten (wie Mittelwert-Split oder Aufteilung nach den Einzelitems Interesse für Außenpolitik, Interesse für Sicherheitspolitik, Interesse für Verteidigungspolitik) konsistent.

⁷ Zudem sind nicht alle Koeffizienten tatsächlich auch statistisch bedeutsam. In der hier gewählten Vorgehensweise treten die erwarteten Unterschiede allenfalls in der Tendenz auf, überschreiten aber kaum die konventionelle Schwelle statistischer Signifikanz.

Wahrscheinlichkeit, Rot-Grün zu wählen, bei Befürwortung eines sofortigen Abzuges der Bundeswehr aus Afghanistan sowohl im Gesamtmodell als auch bei Personen mit niedrigem außenpolitischen Interesse durchweg steigt – abgesehen von Personen mit Parteiidentifikation für die Linke – sinkt die Wahrscheinlichkeit bei Personen dieser themenspezifischen Öffentlichkeit unter Anhängern von SPD/Grünen und Personen ohne Parteibindung. Hinter dem im Gesamtmodell ohne Berücksichtigung des Involvierungsgrades gefundenen positiven Effekt verbergen sich demnach gegenläufige Wirkungen in den beiden Subgruppen: an Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik wenig interessierte Personen wählen mit zunehmender Skepsis gegenüber dem Afghanistan-Einsatz SPD oder Grüne mit höherer Wahrscheinlichkeit, während bei Personen, die dem entsprechenden Themenpublikum angehören, der umgekehrte Effekt auftritt. Ob die unspezifische Positionierung der SPD in der Afghanistan-Frage auf die Unentschlossenheit ihrer Wähler zurückzuführen ist oder die Wähler der SPD die diffuse Kommunikation von Seiten des parteipolitischen Spitzenpersonals nicht interpretieren können, muss an dieser Stelle allerdings unbeantwortet bleiben.

5. Schlussfolgerungen

Der vorliegende Beitrag analysiert, ob die Frage eines sofortigen Abzugs aller deutschen Bundeswehr-Soldaten aus Afghanistan einen Einfluss auf die Wahlentscheidung zur Bundestagswahl 2009 besaß und ob die Zugehörigkeit zum außen- und sicherheitspolitischen Themenpublikum die Wirkung dieser Einstellungsgrößen moderierte. Auf der Basis von Daten aus der SOWI-Befragung im Jahr 2009 konnten wir im ersten Schritt zeigen, dass von der Einstellung zu einem raschen Abzug sämtlicher Bundeswehrsoldaten aus Afghanistan eine eigenständige Wirkung auf das Wahlverhalten bei der Bundestagswahl ausging. Diese Wirkung bestand darin, dass die Linke von einsatzkritischen Einstellungen profitierte, während Union und FDP bei Personen punkten konnten, die sich gegen einen raschen Abzug der Bundeswehrsoldaten aus Afghanistan aussprachen.

Dieser Befund deutet darauf hin, dass die Bundestagswahl 2009 einzureihen ist unter jene Wahlen in Deutschland, bei denen außen- und sicherheitspolitische Einstellungen das Stimmverhalten wesentlich beeinflussten (Schoen 2004; Fuchs/Rohrschneider 2005; Schoen 2011). Allerdings steht der vorgelegte Befund nur bedingt in Einklang mit den Ergebnissen

einer Analyse zur Bundestagswahl 2009, in der allenfalls marginale Effekte der Afghanistan-Frage nachgewiesen werden konnten (Schoen 2010). Zur Erklärung dieser Diskrepanz können mindestens zwei Argumente ins Feld geführt werden. Zum einen könnte zu den Unterschieden die Tatsache beitragen, dass bei einer Befragung zu außen- und sicherheitspolitischen Fragen im Auftrag des SOWI die Teilnahmebereitschaft tendenziell anderen Regelmäßigkeiten folgt als dies bei einer Wahlstudie der Fall ist. Auch könnte der außen- und sicherheitspolitische Schwerpunkt der Befragung das Antwortverhalten der Befragten beeinflusst haben. Zum anderen könnten Unterschiede in der Analysestrategie zu den diskrepanten Ergebnissen beigetragen haben. Wie bereits erwähnt, konnten in der hier vorgestellten Analyse potentiell wichtige Kontrollvariablen, wie beispielsweise Einstellungen gegenüber dem politischen Spitzenpersonal, nicht berücksichtigt werden. Sofern dieses Argument ausschlaggebend ist, würden die hier vorgelegten Ergebnisse die tatsächliche Wirkung der Afghanistan-Frage für die Wahlentscheidung 2009 überzeichnen. Letztlich lässt sich nicht bestimmen, wodurch die Unterschiede in den Ergebnissen zu erklären sind. Unabhängig davon sprechen diese Überlegungen jedoch dafür, das Universum relevanter Kontrollvariablen in zukünftigen Studien möglichst umfassend abzubilden, da andernfalls erhebliche Unsicherheiten im Hinblick auf die Aussagekraft darauf gestützter Analysen auftreten können.

Im zweiten Schritt sind wir der Frage nachgegangen, ob die Zugehörigkeit zur außen- und sicherheitspolitischen Themenöffentlichkeit den Einfluss von Einstellungen zum Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan auf die Wahlentscheidung steuert. Die empirische Evidenz zeigt, dass sich die Einflussstärken zwischen Mitgliedern und Nichtmitgliedern des Themenpublikums allenfalls graduell unterscheiden. In beiden Gruppen treten Wirkungen afghanistanbezogener Einstellungen auf, die sich unter Berücksichtigung des Stichprobenfehlers nicht nennenswert voneinander unterscheiden. Einzig bei Personen ohne feste Parteibindung und Wahlentscheidung für die Linke zeigen sich die erwarteten Effekte: Bei Hochinteressierten ist eine deutliche Wahrscheinlichkeitssteigerung der Wahlentscheidung für die Linke bei Befürwortung des sofortigen Abzugs zu verzeichnen, bei Niedriginteressierten steigt die Wahrscheinlichkeit dagegen nur marginal zwischen Ablehnung und Zustimmung dieser Policy. Die Zugehörigkeit zum Themenpublikum scheint daher für themenspezifisches Stimmverhalten zur Bundestagswahl 2009 ohne praktische Bedeutung zu sein. Nimmt man diesen Befund zum Nennwert, könnte man daraus folgern, das Konzept des Themenpublikums sei zumindest im Fall des Afghanistan-Einsatzes der Bundeswehr nicht geeignet, die elektorale Bedeutung dieser Frage weiter zu erhellen. Durch seinen hohen

Bekanntheitsgrad in der Bevölkerung könnte das Thema ungeeignet für Subgruppenanalysen nach themenspezifischem Interesse sein. Der Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr ist folglich mehr als ein Thema für Spezialisten der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik – zumindest bei Betrachtung des Wahlverhaltens bei der Bundestagswahl 2009. Dennoch wäre es verfrüht, das Konzept des Themenpublikums generell zu verwerfen, da sich Personen innerhalb und außerhalb des Themenpublikums beispielsweise in der Urteilsbildung zu dieser Sachfrage deutlich unterscheiden könnten. So könnten außerhalb des Themenpublikums symbolische Argumente und Stereotype eine größere Rolle spielen als unter Mitgliedern des Themenpublikums. Diesen Fragen können wir mit den vorliegenden Daten leider nicht nachgehen. Doch verdienen sie es, künftig genauer untersucht zu werden.

In einer anderen Lesart der hier präsentierten empirischen Evidenz könnte man fragen, ob die hier verwendeten Indikatoren geeignet sind, die Zugehörigkeit zu Themenpublika angemessen zu erfassen. Die hier eingesetzten Selbstauskünfte über themenspezifisches Interesse laden Respondenten ein, sozial erwünschte Antworten zu geben und daher ihr Interesse im Zweifelsfall zu übertreiben. Diese Möglichkeit legt zum einen die Überlegung nahe, dass Themenpublikum auf der Grundlage anderer verfügbarer Variablen, jenseits der Selbstauskünfte, zu operationalisieren. Zum anderen sprechen die Befunde dafür, bei der Ermittlung von Themenöffentlichkeiten auch oder ausschließlich auf Indikatoren zurückzugreifen, die weniger anfällig für Effekte sozialer Erwünschtheit sind. Beispielsweise könnten Faktenfragen oder Paradata, die freilich mit je eigenen Problemen behaftet sind, geeignet sein, einen Kern außen- und sicherheitspolitisch involvierter Personen zu identifizieren. Erst wenn diese zusätzlichen Analysen bestätigen, dass die Zugehörigkeit zum Themenpublikum weder die Urteilsbildung zum Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr noch dessen elektorale Bedeutung beeinflusst, wäre es gerechtfertigt, in dieser außenpolitischen Sachfrage von gesellschaftlicher Homogenität auszugehen.

LITERATUR

Aldrich, John H./Sullivan, John L./Bordiga, Eugene 1989: Foreign affairs and issue voting: Do presidential candidates waltz before a blind audience, in: *American Political Science Review* 81, 123-141.

Almond, Gabriel A. 1950: *The American People and Foreign Policy*, New York, NY.

Anand, Sowmya/Krosnick, Jon A. 2003: The impact of attitudes toward foreign policy goals on public preferences among presidential candidates: a study of issue publics and the attentive public in 2000 U.S. presidential election, in: *Presidential Studies Quarterly* 33, 31-71.

Behnke, Joachim 1999: *Räumliche Modelle der sachfrageorientierten Wahlentscheidung: formale Analyse und empirische Untersuchung der Determinanten ihrer Eignung zur Prognose der Parteiwahl*, Hamburg.

Boninger, David S./Krosnick, Jon A./Berent, Matthew K. 1995: Origins of attitude importance: Self-interest, social identification, and value relevance, in: *Journal of Personality and Social Psychology* 68, 61-80.

Bundeswehr 2012: <http://www.einsatz.bundeswehr.de/>, aufgerufen am 25.07.2012.

Bündnis 90/Die Grünen 2009: *Der grüne NEUE Gesellschaftsvertrag. Klima – Arbeit – Gerechtigkeit – Freiheit*, Berlin.

Campbell, Angus/Converse, Philip E./Miller, Warren E./Stokes, Donald E. 1960: *The American Voter*, New York, NY.

Campbell, Angus/Gurin, Gerald/Miller, Warren E. 1954: *The Voter Decides*, Westport, CT.

Carmines, Edward G./Stimson, James A. 1980: The Two Faces of Issue Voting, in: *The American Political Science Review*, 71 (1), 78-91.

CDU/CSU 2009: *Wir haben die Kraft. Gemeinsam für unser Land. Regierungsprogramm 2003-2013*, Berlin.

Converse, Philip E. 1964: The Nature of Belief Systems in Mass Publics, in: Apter, David (Hrsg.): *Ideology and Discontent*, New York, NY, 206-261.

Converse, Philip E. 1970: Attitudes and Non-Attitudes, in: Tufte, Edward R. (Hrsg.): *The Quantitative Analysis of Social Problems*, Reading, PA, 168-189.

Dahl, Robert Alan 1956: *A preface to democratic theory*, Chicago, IL.

DIE LINKE 2009: *Konsequent sozial. Für Demokratie und Frieden. Bundestagswahlprogramm 2009*, Berlin.

Delli Carpini, Michael X./Keeter, Scott 1996: *What Americans Know about Politics and Why It Matters*. New Haven, NJ.

Downs, Anthony, 1957: *An Economic Theory of Democracy*, New York, NY.

FDP 2009: *Die Mitte stärken. Deutschlandprogramm 2009*, Berlin.

Fuchs, Dieter/Rohrschneider, Robert 2005: War es diesmal nicht die Ökonomie? Der Einfluss von Sachfragenorientierungen der Wählerentscheidung bei der Bundestagswahl 2002, in: Falter, Jürgen W./Gabriel, Oscar W./Weßels, Bernhard (Hrsg.): Wahlen und Wähler: Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2002, Wiesbaden.

Herzog, Dietrich 1989: Was heißt und zu welchem Ende studiert man Repräsentation?, in: Herzog, Dietrich/Weßels, Bernhard (Hrsg.): Konfliktpotentiale und Konsensstrategien. Beiträge zur politischen Soziologie der Bundesrepublik, Opladen, 307-335.

Holsti, Ole R. 2004: Public Opinion and American Foreign Policy, Ann Arbor, MI.

Krosnick, Jon A. 1990: Government Policy and Citizen Passion. A Study of Issue Publics in Contemporary America, in: Political Behavior 12, 59-92.

Lippmann, Walter 1955: Essays in the Public Philosophy, Boston, MA.

Nincic, Miroslav 1992: Democracy and Foreign Policy: The Fallacy of Political Realism, New York, NY.

Page, Benjamin I./Shapiro, Robert Y. 1992: The Rational Public: Fifty Years of Trends in American Policy Preferences, Chicago, IL.

Pitkin, Hanna F. 1967: The Concept of Representation, Berkeley, CA.

Pomper, Gerald M. 2005: The presidential election: the ills of American politics after 9/11, in: Nelson, Michael (Hrsg.): The Elections of 2004, Washington, D.C., 42-68.

Powell, G. Bingham 2004: The Chain of Responsiveness, in: Journal of Democracy, 15 (4), 91-105.

Rattinger, Hans 1990: Domestic and foreign policy issues in the 1988 presidential election, in: European Journal of Political Research 18, 623-643.

Rattinger, Hans 2007: Öffentliche Meinung, in: Schmidt, Siegmund/Hellmann, Gunther/Wolf, Reinhard (Hrsg.): Handbuch zur deutschen Außenpolitik, Wiesbaden, 313-325.

Rattinger, Hans 2009: Einführung in die Politische Soziologie, München.

Rattinger, Hans/Heinlein, Petra 1986: Sicherheitspolitik in der öffentlichen Meinung. Umfrageergebnisse für die Bundesrepublik Deutschland bis zum „heißen Herbst 1983“, Berlin.

Schoen, Harald 2004: Winning by Priming? Campaign Strategies, Changing Determinants of Voting Intention, and the Outcome of the 2002 German Federal Election, in: German Politics and Society 22, 65-82.

Schoen, Harald 2008: Turkey's bid for EU membership, contrasting views of public opinion, and vote choice. Evidence from the 2005 German federal election, in: Electoral Studies 27, 344-355.

Schoen, Harald 2010: Ein Bericht von der Heimatfront. Bürger, Politiker und der Afghanistaninsatz der Bundeswehr, in: Politische Vierteljahresschrift 51, 395-408.

Schoen, Harald 2011: Two indicators, one conclusion. On the public salience of foreign affairs in Germany before and after reunification, in: Oppermann, Kai/Viehrig, Henrike (Hrsg.): Issue Salience in International Politics, London/New York, NY, 23-38.

Schoen, Harald/Weins, Cornelia 2005: Der sozialpsychologische Ansatz zur Erklärung von Wahlverhalten, in: Falter, Jürgen W./Schoen, Harald (Hrsg.): Handbuch Wahlforschung. Wiesbaden, 187-242.

Sears, David O./Funk, Carolyn L. 1991: The Role of Self-Interest in Social and Political Attitudes, in: Advances in Experimental Social Psychology 24, 1-91.

Sears, David O./Hensler, Carl P./Speer, Leslie K. 1979: Whites' Opposition to "Busing": Self-Interest or Symbolic Politics?, in: American Political Science Review 73, 369-384.

Sen, Amartya Kumar 1970: Collective choice and social welfare, San Francisco, CA.

Shapiro, Robert Y./Page, Benjamin I. 1988: Foreign Policy and the Rational Public, in: Journal of Conflict Resolution 32, 211-247.

SPD 2009: Sozial und Demokratisch. Anpacken. Für Deutschland. Das Regierungsprogramm der SPD, Berlin.

Spiegel Online 2009: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/afghanistan-einsatzsteinmeier-nennt-bedingungen-fuer-abzug-ab-2013-a-648648.html>, aufgerufen am 26.07.2012.

Thurner, Paul W./Maurer, Ingrid/Binder, Martin 2012: Parteienspezifisches Issue-Voting bei den Bundestagswahlen 2002 bis 2009, in: Schmitt-Beck, Rüdiger (Hrsg.): Wählen in Deutschland. Sonderheft 45 der Politischen Vierteljahresschrift, 302-320.

Zaller, John R. 1992: The Nature and Origins of Mass Opinion, Cambridge, MA.

Tabelle 1: Erklärung der Wahlentscheidung für Union/FDP, SPD/Grüne und Die Linke (multinomiale logistische Regression)

	Union/FDP	SPD/Grüne
Afghanistan	-2,05*** (0,53)	-1,17* (0,47)
PID Union/FDP	3,74*** (0,59)	0,80 (0,64)
PID SPD/Grüne	-0,83 (0,45)	2,03*** (0,41)
PID Die Linke	-4,92*** (0,71)	-2,76*** (0,42)
Alter	0,01 (0,01)	0,00 (0,01)
Geschlecht (weiblich)	-0,24 (0,33)	-0,31 (0,30)
Bildung (mittel)	-0,86 (0,45)	-0,91* (0,40)
Bildung (hoch)	-0,59 (0,51)	-0,47 (0,45)
Region (Ost)	-0,44 (0,42)	-0,33 (0,35)
Konstante	2,99*** (0,74)	2,50*** (0,66)
-2LL _{Nullmodell}	2401,61	
-2LL _{Gesamtmodell}	980,47	
Pseudo-R ² (McFadden)	0,592	
N	1232	

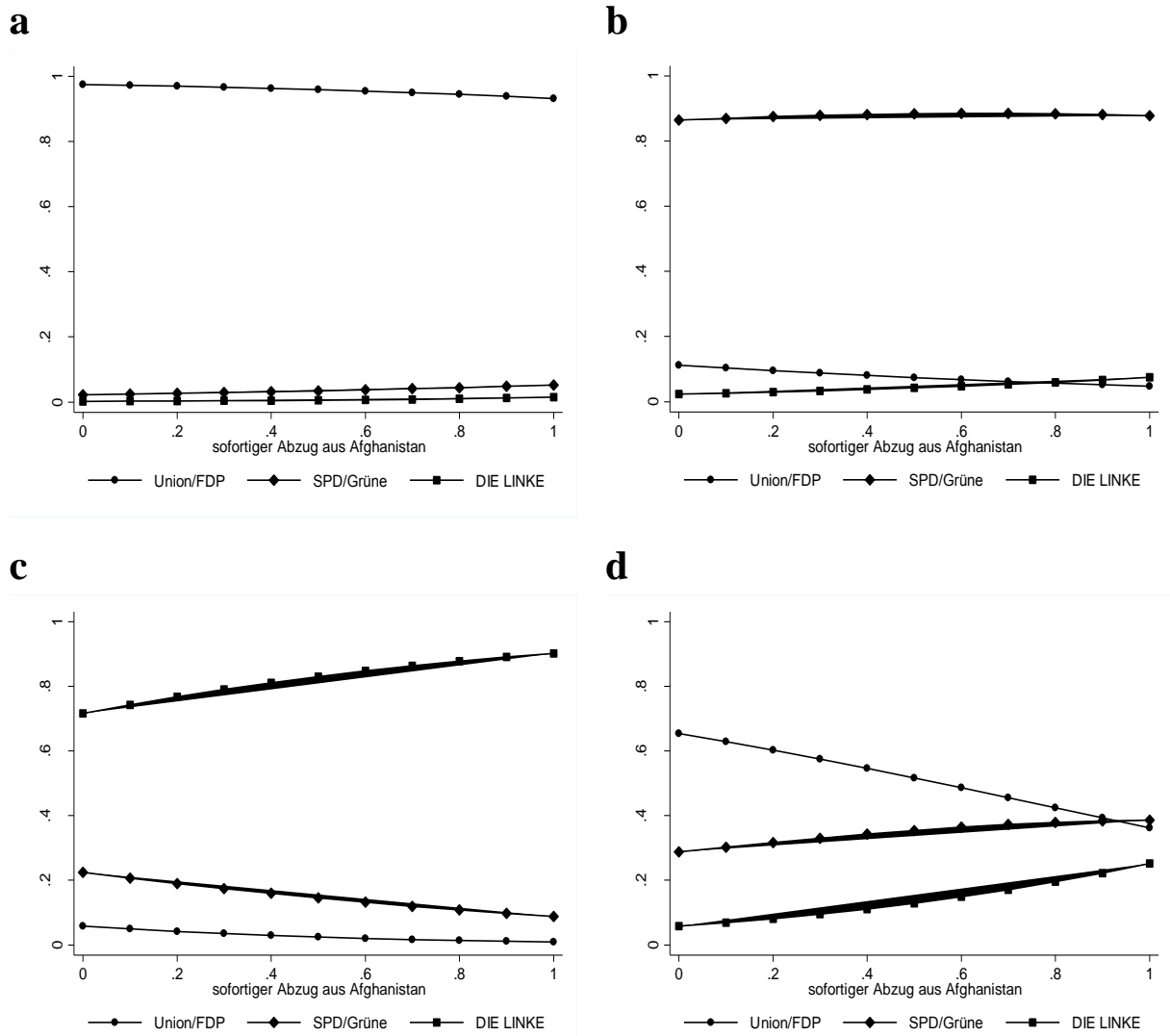
Angegeben sind unstandardisierte Logit-Koeffizienten mit Standardfehlern in Klammern. Die Linke ist Referenzkategorie. Signifikanzniveaus: ***: $p < 0,001$; **: $p < 0,01$; *: $p < 0,05$.

Tabelle 2: Erklärung der Wahlentscheidung für Union/FDP, SPD/Grüne und Die Linke nach außenpolitischem Interesse (multinomiale logistische Regression)

Außenpolitisches Interesse	Gering		Hoch	
	Union/FDP	SPD/Grüne	Union/FDP	SPD/Grüne
Afghanistan	-1,69* (0,72)	-0,81 (0,63)	-2,50** (0,82)	-1,53 (0,79)
PID Union/FDP	3,32*** (0,78)	0,41 (0,85)	4,51*** (0,89)	1,30 (0,94)
PID SPD/Grüne	-1,08 (0,59)	1,54** (0,56)	-0,81 (0,75)	2,73*** (0,67)
PID Die Linke	-4,62*** (0,83)	-2,78*** (0,58)	-17,77*** (0,70)	-3,41** (1,00)
Konstante	2,80** (0,99)	2,74** (0,80)	2,62* (1,21)	1,36 (1,16)
$-2LL_{\text{Nullmodell}}$	1435,79		961,06	
$-2LL_{\text{Gesamtmodell}}$	632,32		319,16	
Pseudo-R ²	0,560		0,668	
N	706		526	

Angegeben sind unstandardisierte Logit-Koeffizienten mit Standardfehlern in Klammern. Die Linke ist Referenzkategorie. Im Schätzmodell enthalten sind außerdem Alter, Geschlecht, Bildung und Region. Signifikanzniveaus: ***: $p < 0,001$; **: $p < 0,01$; *: $p < 0,05$.

Abbildung 1: Vorhergesagte Wahrscheinlichkeiten der Wahlentscheidung für Union/FDP, SPD/Grüne und Die Linke in Abhängigkeit von der Zustimmung zum sofortigen Abzug aus Afghanistan



Angegeben sind vorhergesagte Wahrscheinlichkeiten für einen Mann aus Westdeutschland mittleren Alters mit mittlerer Bildung und a) PID zu Union/FDP, b) PID zu SPD/Grüne, c) PID zu Die Linke, d) ohne PID.

ANHANG

Tabelle A1: Deskription der verwendeten Variablen

Wahl Union/FDP	0,33
Wahl SPD/Bündnis 90/Die Grünen	0,23
Wahl Die Linke	0,08
Sofortiger Abzug aus Afghanistan	0,53
Außenpolitisches Interesse	0,41
PID Union/FDP	0,44
PID SPD/Bündnis 90/Die Grünen	0,31
PID Die Linke	0,11
Alter	49,12
Geschlecht (weiblich)	0,49
Bildung (mittel)	0,40
Bildung (hoch)	0,24
Region (Ost)	0,16

Angegeben sind Anteilswerte oder Mittelwert. Wertebereich 0-1, Alter in Jahren.

Frageformulierungen und Operationalisierungen

Afghanistan-Einsatz	<p>„Bitte sagen Sie mir, ob Sie den folgenden Positionen zur Beteiligung der Bundeswehr an der internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe in Afghanistan (ISAF) zustimmen oder ob Sie diese ablehnen: Die Bundeswehr sollte den ISAF-Einsatz in Afghanistan umgehend beenden und alle Soldatinnen und Soldaten aus dem Land abziehen.“</p> <p><i>Antwortmöglichkeiten:</i> Stimme vollkommen zu, Stimme überwiegend zu, Stimme eher zu, Lehne eher ab, Lehne überwiegend ab, Lehne vollkommen ab (Wertebereich: 1 bis 6)</p> <p><i>Operationalisierung:</i> Skala reskaliert (Wertebereich: 0 bis 1)</p>
Außenpolitisches Interesse	<p>Index, in den die folgenden Items gleichgewichtig eingehen:</p> <p>„Für welche Themen interessieren Sie sich dabei [Mediennutzung als Informationsquelle] besonders? Außenpolitik, Sicherheitspolitik, Verteidigungspolitik.“</p> <p><i>Antwortmöglichkeiten:</i> Sehr stark, Ziemlich stark, Mittelmäßig, Weniger stark, Überhaupt nicht (Wertebereich: 1 bis 5)</p> <p><i>Operationalisierung:</i> Skala reskaliert (Wertebereich: 0 bis 1)</p> <p><i>Interne Konsistenz:</i> Cronbach's $\alpha = 0,880$</p>

Wahlabsicht/ Wahlentscheidung	<p>„Welcher Partei werden/haben Sie bei der Bundestagswahl (27.September 2009) Ihre Zweitstimme gegeben?“ <i>Antwortmöglichkeiten:</i> CDU, CSU, SPD, FDP, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE, NPD, Republikaner, Sonstige, Werde nicht wählen/Habe nicht gewählt, Bin/War nicht wahlberechtigt <i>Operationalisierung:</i> 1: interessierende Partei(en), 0: sonst</p>
Parteiidentifikation	<p>Neigen Sie - ganz allgemein gesprochen - einer bestimmten Partei zu? Und wenn ja, welcher? <i>Antwortmöglichkeiten:</i> CDU, CSU, SPD, FDP, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE, NPD, Republikaner, Sonstige, Keiner Partei <i>Operationalisierung:</i> 1: interessierende Partei(en), 0: sonst</p>
Alter	<p>Wann wurden Sie geboren? Nennen Sie mir bitte nur Monat und Jahr Ihrer Geburt. <i>Operationalisierung:</i> Alter in Jahren</p>
Geschlecht	<p>Geschlecht über Angabe des Interviewers <i>Operationalisierung:</i> 1: weiblich, 0: männlich</p>
Bildung	<p>Welchen höchsten allgemeinbildenden Schulabschluss haben Sie? <i>Antwortmöglichkeiten:</i> Schüler/in, besuche eine allgemein bildende Vollzeitschule, Schüler/in, besuche eine berufsorientierte Aufbau-, Fachschule, Von der Schule abgegangen ohne Hauptschulabschluss, Hauptschulabschluss, Realschulabschluss, Abschluss der Polytechnischen Oberschule 10. Klasse, Fachhochschulreife, Abschluss Fachoberschule, Allgemeine oder fachgebundene Hochschulreife/Abitur, Sonstiges <i>Operationalisierung Bildung (mittel):</i> 1: Realschulabschluss, Abschluss der Polytechnischen Oberschule 10. Klasse, 0: sonst <i>Operationalisierung Bildung (hoch):</i> 1: Fachhochschulreife, Abschluss Fachoberschule, Allgemeine oder fachgebundene Hochschulreife/Abitur, 0: sonst</p>
Region	<p>Bundesland über Angabe des Interviewers <i>Operationalisierung:</i> 1: neue Bundesländer (ohne Berlin), 0: sonst</p>